

P R O T O K O L L  
der 341. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 25. Oktober 2011
Zeit	19.30 - 21.15 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Fankhauser Suzanne, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Fankhauser Suzanne
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Bühler Corina, Gemeindeschreiberei Eberhard Rolf, Leiter Hochbau + Planung (Technik) Schmid Beat, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Friedli Rolf, Stettler Jürg, Wakil Ramina Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.
Protokoll	Bühler Corina, Gemeindeschreiberei Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv. (ab Tonband)

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 23. August 2011	428
2	Sportkommission; Ersatzwahl	428
3	Motion SVP-Fraktion betr. Budget 2012 mit Variante Steuerfuss 1.07	428
4	Investitions- und Finanzplan 2011 - 2016 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2012	430
5	Motion Ruta betr. Veloweg Thoracker-Saali; Zwischenbericht	442
6	Überparteiliches Postulat betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus; Zwischenbericht	442
7	Skateboard-Anlage Füllerich A) Jugendmotion betr. Skateboard-Anlage; Abschreibung B) Motion SP-Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard- Anlage von der Gesamtanierung Füllerich; Abschreibung	443
8	Motion Wegmüller / Wakil (SP) betr. jugendgerechte Abstimmungs- informationen	443
9	Motion FDP-Fraktion zur Senkung des Stromverbrauchs und der Licht- verschmutzung durch die öffentliche Beleuchtung	444
10	Motion SVP-Fraktion betr. Videoüberwachung im öffentlichen Raum	445
11	Interpellation Wegmüller (SP) zur Planung der International School of Berne AG	447
12	Interpellation Manz (SP) betr. Umsetzung des Bundesgerichtsurteils bzw. Rechtsverzögerung im Fall Kamata	447
13	Interpellation Kneubühler (FDP): "Parkierungsdruck" auf Quartiere wegen Neubauten	447
14	Informationen des Gemeinderats	447
15	Neue parlamentarische Vorstösse	448

Der Vorsitzende eröffnet die 341. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats sowie die Vertreterinnen der Presse. Er heisse speziell Fabian Burkhard als neues Mitglied des Grossen Gemeinderats und als Nachfolger von Manuel Huber willkommen. Manuel Huber sei umgezogen und aus diesem Grund zurückgetreten.

## Mitteilungen

Der Vorsitzende teilt mit, Anni Koch habe sich am 24. September 2011 notfallmässig einer Bandscheibenoperation unterziehen müssen und sei zurzeit rekonvaleszent. Für die Dokumentation der Sitzung seien zusätzlich Rolf Eberhard (Leiter Hochbau + Planung) und Corina Bühler (Gemeindeschreiberei) anwesend. Er weise darauf hin, dass aus terminlichen und kapazitätsmässigen Gründen das Protokoll nicht bereits am 22. November 2011 zur Genehmigung vorliegen werde, sondern erst anlässlich der Januar-Sitzung. Er begrüsse ausserdem Finanzverwalter Beat Schmid, welcher für Finanzfragen zur Verfügung stehe.

### Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### 1 **Protokoll der Sitzung vom 23. August 2011**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### 2 **Sportkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 30. September 2011 zurückgetretenen Fabian Burkhard würden die jungfreisinnigen muri-gümligen Ramak Wakil, Beethovenstrasse 54, 3073 Gümligen, zur Wahl vorschlagen.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

##### Beschluss

Ramak Wakil wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Ramak Wakil zur Wahl und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

#### 3 **Motion SVP-Fraktion betr. Budget 2012 mit Variante Steuerfuss 1.07**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Urs Grütter (SVP) führt aus, der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat werde zugestimmt und der gemeinderätliche Antrag zur Beschlussfassung werde unterstützt.

Matthias Manz (SP) erklärt, für ihn sei der Antrag des Gemeinderats nicht ganz nachvollziehbar. Die Forderung der Motion laute auf "Steueranlage 1.07" bei gleichzeitig "ausgeglichenem Voranschlag". Dies werde ja nicht erreicht, weshalb sich die Frage stelle, weshalb der Gemeinderat bereit sei, den Vorstoss entgegen zu nehmen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Gemeinderat erfülle einen Teil der Motion, nämlich denjenigen der Steueranlage 1.07. Was aber nicht erfüllt werden könne, sei gleichzeitig ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dies sei auch der Grund, weshalb der Gemeinderat nicht den Antrag stelle, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Er beantrage deshalb vielmehr die Überweisung als Postulat zur Prüfung. Diese Prüfung habe der Gemeinderat vorgenommen und das Ergebnis sei in der Botschaft enthalten. Da die Prüfung durchgeführt worden sei, sei der Antrag auf Abschreibung folgerichtig.

Matthias Manz (SP) führt aus, weshalb die SP die Steueranlage von 1.07 nicht für ausreichend und nicht für richtig erachte, werde er später anlässlich der Behandlung des Budgets begründen. Er stelle den Antrag, die Motion abzulehnen. Bei einer Zustimmung würde dies bedeuten, dass die Steueranlage von 1.07 befürwortet werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Motion, sondern um ein Postulat handle, da der Vorstoss umgewandelt worden sei.

Markus Bärtschi führt aus, die SVP sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Es handle sich um einen Prüfungsauftrag, den der Gemeinderat erfüllt habe. Aus diesem Grund könne der Vorstoss überwiesen und abgeschrieben werden. Die SVP glaube dem Gemeinderat, dass er sich bemüht habe, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und sie sehe auch die Gründe, weshalb dies nicht möglich gewesen sei. Aber der Prüfungsauftrag sei erfüllt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet auf ein Schlusswort.

Urs Grütter (SVP) erklärt, das Bemühen um einen effizienten Mitteleinsatz müsse auf der Agenda bleiben. Der Gemeinderat habe – wie man feststellen könne – relativ viel davon erfüllt. Was nicht erfüllt sei, sei auch aus Sicht der SVP für das nächste Jahr nicht ganz realistisch, müsse aber als Zielvorgabe irgendwie im Raum stehen bleiben. Die SVP sei deshalb mit dem Antrag des Gemeinderats auf Überweisung als Postulat und auf Abschreibung einverstanden. Er bitte die Ratsmitglieder, ein entsprechendes Zeichen zu setzen und den Anträgen zu folgen.

Matthias Manz (SP) führt aus, er habe zu spät realisiert, dass die SVP den Vorstoss nicht mehr als Motion aufrecht erhalte und es sich somit nur noch um einen Prüfungsauftrag handle.

#### Beschluss

1. Das Postulat der SVP-Fraktion betr. Budget 2012 mit Variante Steuerfuss 1.07 wird überwiesen (einstimmig).
2. Das Postulat der SVP-Fraktion betr. Budget 2012 mit Variante Steuerfuss 1.07 wird abgeschrieben (einstimmig).

#### 4 **Investitions- und Finanzplan 2011 - 2016 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2012**

Martin Häusermann führt als Sprecher der GPK aus, die GPK habe es begrüsst, dass drei unterschiedliche Finanzpläne vorgelegt worden seien, inzwischen seien es sogar vier. Dies erhöhe die Transparenz und ermögliche eine fundierte Diskussion im Rat. Die Finanzpläne seien wie üblich "nach bestem Wissen und Gewissen" erstellt worden. Auch wenn die Budgetierung der Steuererträge keine einfache Sache sei, so würden die vorliegenden Finanzpläne die Grundlagen für die Festlegung der zukünftigen Steueranlage bilden. Es sei unbestritten, dass eine Erhöhung der Steueranlage unumgänglich sei.

Der Voranschlag 2012 weise infolge der 2. Tranche der Desinvestition Walchstrasse einen einmaligen Sondereffekt von CHF 0,4 Mio. aus. Die GPK habe den Eindruck, dass der beeinflussbare Sachaufwand restriktiv budgetiert worden sei und die Besoldungsanpassungen für das Gemeindepersonal auf moderate 1 % beschränkt seien. Die Investitionen allerdings seien nur in den beiden folgenden Jahren auf dem üblichen Niveau, anschliessend jedoch unvollständig. Zum Teil, da die Planung noch zu wenig konkret sei, zum Teil seien Vorhaben lediglich "pro memoria" festgehalten, dies obschon – wie der Botschaft zu entnehmen sei – bei den eigenen Liegenschaften werterhaltende Investitionen anstehen würden, und zwar im Umfang von ca. CHF 18 Mio. Es verstehe sich, dass dadurch das Investitionsvolumen ab dem Jahr 2014 höher ausfallen werde, als im Finanzplan ausgewiesen; dies selbstverständlich inkl. den damit verbundenen Investitionsfolgekosten.

Die GPK halte fest, dass die Festsetzung der Steueranlage letztendlich ein politischer Entscheid sei. Zu bedenken gebe sie, ob die Argumentation "keine Steuern auf Vorrat" wirklich zutreffend sei oder ob nicht vielmehr zu Lasten zukünftiger Generationen gelebt werde. Gemäss den Aussagen des Gemeindepräsidenten fokussiere man sich auf die Periode 2012 – 2014, im Jahr 2014 müsse die Situation neu beurteilt und gegebenenfalls Gegensteuer gegeben werden. Mit dem vorliegenden Antrag würden per Ende 2014 folgende Eckwerte resultieren:

- Erhöhung der Schulden um CHF 8 Mio.
- Reduktion des Eigenkapitals um CHF 6,3 Mio.
- Defizit über die Periode 2012-2014: kumuliert CHF 6,3 Mio.

Um einen möglichen zukünftigen Investitionsschub abzufedern, bleibe also nur wenig Spielraum. Es liege jetzt am Parlament, die Weichen zu stellen, die Frage zu beantworten, wie flexibel die Steueranlage gehandhabt werden solle. Ob nur die dringend notwendige Korrektur erfolgen solle oder eine etwas weitsichtigere Variante. Dadurch werde auch festgelegt, in welcher Periodizität das Volk über eine Anpassung der Steueranlage konsultiert werden solle.

Aus diesen Überlegungen empfehle die GPK mit 3 Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, das Finanzpaket, welches dem Parlament zur Beratung vorliege, könne als Beispiel dafür genommen werden, dass es manchmal sehr lange gehe, bis ein politischer Entscheid in der Realität die angestrebten Wirkungen entfalte. Der Grosse Rat des Kantons Bern habe vor fast 11 Jahren, genau am 27. November 2000, das berühmt-berüchtigte Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich, besser bekannt unter dem Namen FILAG, erlassen. Erklärtes Ziel des FILAG sei es von Anfang an gewesen und sei es noch heute, die

Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung unter den Gemeinden zu reduzieren. Im Klartext heisse dies, dass Gemeinden wie Muri gezwungen werden sollten, soviel Mittel in den Finanzausgleichstopf abzuliefern, bis sie nicht mehr anders könnten, als die Steueranlage zu erhöhen. Er habe in den vergangenen acht Jahren als Gemeindepräsident und vorher als Präsident der Finanzkommission der Gemeinde Muri diese Stossrichtung unzählige Male als ökonomisch verfehlt und für das von allen Seiten gewünschte Wirtschaftswachstum des Standortes Bern als schädlich bezeichnet. Im Gespräch im kleinen Kreis sei ihm oftmals bescheinigt worden, eigentlich hätte er schon Recht, aber es sei halt aus politischen Gründen nicht anders möglich gewesen. Er müsse schon sagen, eine überzeugende Argumentation töne anders.

Getreu dem erwähnten FILAG-Motto seien die Leistungen, die die Gemeinde Muri in den FILAG-Topf habe abliefern müssen, kontinuierlich hochgefahren worden. Vor wenigen Tagen habe er das zweifelhafte Vergnügen gehabt, für das Jahr 2011 eine Zahlungsanweisung über CHF 13,75 Mio. zu unterzeichnen, was mehr als einem Drittel der ordentlichen Gemeindesteuern des laufenden Jahres entspreche. Allein seit 2005 hätten sich die Beträge um CHF 5 Mio. erhöht. Trotz diesen markant zunehmenden Belastungen habe es die Gemeinde Muri in den letzten zehn Jahren geschafft, die Steuern nicht erhöhen zu müssen. Dafür seien im Wesentlichen folgende Faktoren verantwortlich gewesen:

1. Unvorhersehbare Steuereingänge hätten verzeichnet werden können, insbesondere bei den Erbschaftssteuern.
2. Eine Reihe von Liegenschaften hätten desinvestiert werden können.
3. Teilweise habe nicht benötigtes Eigenkapital abgebaut werden können.
4. Der Gemeindefinanzhaushalt sei sparsam und wirtschaftlich geführt worden.

Dank all dieser Elemente dürfe heute gesagt werden, dass der Finanzhaushalt der Gemeinde Muri gesund sei. Es sei ein Eigenkapital von CHF 17 Mio. (= 4,5 Steuerzehntel) vorhanden und die Schulden würden sich auf moderate CHF 30 Mio. belaufen. Für die Verzinsung dieser Schulden müsse nicht mehr als 1 % des Gesamtaufwands der Gemeinde eingesetzt werden. So weit so gut. Entschieden weniger gut sei die Tatsache, dass der Spielraum mittlerweile so klein geworden sei, dass gehandelt werden müsse. Das heisse, dem Volk müsse am 11. Dezember – erstmals seit 10 Jahren – eine Steuererhöhung beantragt werden. Geschehe dies nicht, gerate der Finanzhaushalt der Gemeinde Muri in eine Schieflage, was es zu vermeiden gelte. Dem Parlament sei im Rahmen der Finanzplanung mit der Variante 1 dargestellt worden, was geschehe, wenn die Steueranlage bis auf Weiteres bei 0.99 belassen würde. Das Eigenkapital wäre bis Ende 2014 aufgebraucht und die Schulden würden auf CHF 48 Mio. ansteigen. Mit einem solchen Szenario könne und wolle man nicht leben. Der Gemeinderat habe deshalb zwei weitere Finanzplanvarianten mit den Steueranlagen 1.07 und 1.09 berechnen lassen. Auf Wunsch von Matthias Manz sei dann noch eine Berechnung mit der Variante 1.11 erstellt und den Mitgliedern des GGR zugestellt worden. Auf einstimmige Empfehlung der Finanzkommission schlage der Gemeinderat eine neue Steueranlage von 1.07 gemäss Variante 2 vor. Weshalb? Wie bereits ausgeführt, wäre die Variante 1 (Belassen der Steueranlage auf 0.99) unrealistisch und sie würde keine vertretbare und nachhaltige Finanzpolitik bedeuten. Wenn die beantragte Variante 2 mit einer Steueranlage von 1.07 näher betrachtet werde, könne festgestellt werden, dass die finanzpolitischen Eckwerte bezüglich Eigenkapital und Verschuldung innerhalb einer Zeitspanne von 3 Jahren – d.h. bis Ende 2014 – eingehalten würden. Werde der Betrachtungszeitraum auf 5 Jahre verlängert – also bis Ende 2016, wo der Finanzplan aufhöre –, so wären wir bei der Verschuldung mit CHF 38 Mio. noch im grünen Bereich, hingegen beim Eigenkapital nur noch bei einer Summe, die 1,7 Steuerzehntel ausmache. Beim Steueranlage-Antrag hätten sich sowohl die Finanzkommission als auch der Ge-

meinderat für einen Betrachtungszeitraum von 3 Jahren entschieden, d.h. bis Ende 2014. Weshalb?

Die Gemeinde Muri sei keine autonom operierende Insel, sondern sie sei Teil eines Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, welches in der Vergangenheit hohen Schwankungen unterlegen sei und es sei davon auszugehen, dass diese Schwankungen in Zukunft kaum kleiner würden. Es sei schlicht nicht möglich, die Entwicklungen auf einem Zeithorizont von 5 Jahren mit der nötigen Verlässlichkeit abzubilden, damit eine Steueranlage fundiert begründet werden könnte. Je weiter man in der Finanzplanperiode hinausblicke, umso grösser würden die damit verbundenen Unwägbarkeiten. Dies gehe nicht nur der Gemeinde Muri so, sondern allen anderen Gemeinden ebenfalls und selbstverständlich auch den Wirtschaftsunternehmungen. Die Finanzkommission und der Gemeinderat seien deshalb zum Schluss gekommen, dass für die Festlegung der neuen Steueranlage auf 3 Jahre abzustellen sei, was eben einen Wert von 1.07 erbebe.

Er wolle ein Beispiel nennen, weshalb es schwierig sei, auf eine 5-jährige Periode hinaus zu planen. Er mache dies anhand der Finanzplanung der Gemeinde Muri. Vor 5 Jahren und einem Tag, nämlich am 24. Oktober 2006, sei in diesem Saal der Finanzplan 2006 – 2011 zur Kenntnis genommen worden. Dieser habe damals eine Finanzplanperiode von 5 Jahren beinhaltet, d.h. bis ins Jahr 2011. Es sei nun sicher von einem gewissen Interesse zu wissen, was man damals angenommen habe, wo wir Ende 2011 stehen würden. Ende 2011 liege eine Verschuldung von CHF 30 Mio. vor. Vor 5 Jahren habe man eine Verschuldung von CHF 67 Mio. prognostiziert, also mehr als doppelt so viel. Einer der Hauptgründe sei, dass wir glücklicherweise sehr namhafte Steuermehrerträge – namentlich Erbschaftssteuern, aber auch Veranlagungen aus Vorjahren, welche nicht budgetiert werden könnten – eingegangen seien. Das gleiche Bild zeige sich beim Betrachten des Eigenkapitals. Heute hätten wir ein Eigenkapital von CHF 17 Mio. Vor 5 Jahren sei ein Bilanzfehlbetrag von CHF 7 Mio. prognostiziert worden. Werde nun aber der Betrachtungszeitraum von 5 auf 3 Jahre zurückgenommen, erbebe sich ein völlig anderes Bild. Vor 3 Jahren wäre ein heutiges Eigenkapital von CHF 14,4 Mio. prognostiziert worden; also eine enge Bandbreite, welche sich als taugliche Grundlage erweise. Die Vergangenheit in der Gemeinde Muri habe gezeigt, dass man nicht über die nötigen Informationen verfüge, um auf 5 Jahre hinaus mit einer hinlänglichen Genauigkeit eine Finanzplanung betreiben zu können. Es sei ihm wichtig festzuhalten, dass dieses Phänomen in keiner Art und Weise etwas mit der Qualität der Arbeiten unserer Finanzverwaltung zu tun habe. Die Finanzpläne würden über weite Strecken auf Vorgaben des Kantons Bern beruhen. Der Kanton Bern teile all seinen 383 Gemeinden für die Finanzplanung mit, mit wie viel Zuwachs sie beispielsweise bei den verschiedenen Lastenverteilungen zu rechnen hätten, mit wie viel Zuwachs beim FILAG etc. Selbstverständlich werde dies mit unseren eigenen Informationen verfeinert und ergänzt. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass dies auf 5 Jahre hinaus praktisch chancenlos sei. Auf 3 Jahre hinaus liege aber eine hinlängliche Verlässlichkeit der Datengrundlagen vor.

Deshalb sei der Gemeinderat zum Schluss gelangt, dass man sich an die 3-jährige Prognose halten sollte. Dies führe – wie erwähnt – zu einer Erhöhung der Steueranlage auf 1.07. Alle jene, die sich mit Planung befassen würden, wüssten, dass man auch bei Planungswerten auf 3 Jahre hinaus heute schon sagen könne, dies werde nicht so eintreffen. Wir seien aber hiermit in einer Bandbreite, welche als Planungsgrundlage den Entscheiden zugrunde gelegt werden könne. Wenn sich die Entwicklung in den nächsten 3 Jahren positiver als heute angenommen gestalten sollte, so sei klar, dass die Steueranlage von 1.07 noch länger beibehalten oder im Idealfall sogar rückgängig gemacht werden könnte. Sollte die Entwicklung schlechter ausfallen, als man heute davon ausgehe, so müsse in 2-3 Jahren wieder über die Höhe der Steueranlage diskutiert werden. Für den Gemeinderat sei klar, dass er die Ver-

pflichtung habe, alles in seinem Einflussbereich Liegende zu unternehmen, dass dieses Szenario nicht eintrete.

Im Übrigen verweise er auf die ausführlichen Unterlagen und beantrage namens des Gemeinderats, die gestellten Anträge zu Händen der Volksabstimmung zu verabschieden.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse der Voranschlag durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan, Finanzplan in den verschiedenen Varianten, Voranschlag 2012, Zusammenstellung der nicht gebundenen Ausgaben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Florian Elsinger führt namens der forum-Fraktion aus, wie man bereits festgestellt habe, sei mit einer Steueranlage von 1.07, wie sie im Voranschlag aufgeführt sei, kein nachhaltig ausgeglichenes Haushaltsbudget in den Jahren 2012 – 2014 garantiert. Dies, obwohl der Gesamtaufwand und die Investitionen unserer Gemeinde auf ein aus Sicht des forums kritisches Mass reduziert seien. Weitere Kürzungen von Ausgaben würden auf Kosten der Attraktivität unseres Wohn- und Arbeitsstandorts gehen und seien entsprechend abzulehnen. Weiter stelle die forum-Fraktion fest, dass die Investitionen unserer Gemeinde in den letzten Jahren dramatisch reduziert worden seien. Zwischen 1990 und 2004 seien im Durchschnitt jährlich CHF 8,6 Mio. investiert worden. Seit 2004 würden die Investitionen durchschnittlich noch CHF 3,9 Mio. pro Jahr betragen. Der Rückgang in der Investitionstätigkeit widerspiegle sich schliesslich in Qualität und Quantität unserer Infrastruktur. Im Bericht des Gemeinderats werde der qualitativ hohe Stand unserer Infrastruktur betont. Das forum sei aber der Meinung, dass ein Teil der Infrastruktur aufgrund aufgeschobener oder versäumter Investitionen in den letzten Jahren bereits an Qualität verloren habe. Als Beispiele seien zu erwähnen die Sportanlage Füllerich oder auch die Kindergärten der Gemeinde. Die bislang investierten Gelder seien also kaum ausreichend, um den Wert unserer Infrastruktur zu erhalten. Ein nachhaltig ausgeglichenes Haushaltsbudget sei wichtig, um die Schulden in einem tragbaren Rahmen zu halten. Genauso wichtig sei es aber, dass die Investitionen in den Aufbau und Erhalt der Infrastruktur nicht einfach auf künftige Generationen abgewälzt würden.

Für ein nachhaltig ausgeglichenes Budget, welches ein sinnvolles Mass an Ausgaben und Investitionen zulasse, erachte die forum-Fraktion daher eine Steueranlage von 1.09 als notwendig. Das forum stelle deshalb den Antrag, die Steueranlage von gegenwärtig 0.99 auf 1.09 gemäss der Variante 3 zu erhöhen und bitte die Ratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

Adrian Kauth erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, was in den Budgetdebatten der letzten Jahre vorausgesagt worden sei, werde nun leider Realität: Muri müsse den Steuersatz erhöhen. Die Rahmenbedingungen, die der Gemeinde hauptsächlich vom Kanton vorgegeben würden, würden es nicht mehr zulassen, unseren Steuersatz auf den "traditionellen" 0.99 zu belassen. Alleine der vom Grossen Rat des Kantons Bern beschlossene FILAG führe zu einem Mehraufwand von CHF 5 Mio. Die FDP/jf-Fraktion habe sich eingehend mit dem Investitions- und Finanzplan 2011 – 2016 auseinandergesetzt und habe dabei Folgendes festgestellt:



- Der Plan sei mit der seit Jahren bekannten Umsicht und Vorsicht erstellt worden. Er danke den entsprechenden Stellen, insbesondere Beat Schmid, für diese ausgezeichnete Arbeit. Somit sei davon auszugehen, dass das effektive Resultat besser ausfallen werde, als das Budget.
- Obwohl der Finanzplan 2011 – 2016 heisse; der Betrachtungsrahmen für die Steuererhöhung sei nur für die nächsten 3 Jahre. Eine weitergehende Planung erscheine der Fraktion wenig sinnvoll und auch nicht aussagekräftig. Die flexible Handhabung des Steuersatzes sei ihr wichtig, eine Erhebung von Steuern auf Vorrat lehne sie ab.
- Auch die geplante Erhöhung des Steuersatzes um einen Zehntel bringe voraussichtlich keine ausgeglichene Rechnung zustande. Allerdings würden die finanzpolitischen Eckwerte dabei eingehalten: Das Eigenkapital bleibe bei 3 Steuerzehnteln, die Verschuldung bleibe deutlich unter der selbst verordneten Grenze von CHF 50 Mio. Dank der moderaten Verschuldung der Gemeinde bleibe die Zinsbelastung unter einem Prozent des Gesamtaufwandes.
- Die nötigen Investitionen könnten weiterhin gemäss Planung durchgeführt werden, es werde nicht auf Kosten der Infrastruktur oder des Vermögens gespart.
- Aufgrund der Liste über die wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben, welche auf Initiative der FDP/jf-Fraktion entstanden sei, sehe die Fraktion auch keine Möglichkeiten, entscheidende Einsparungen bei den Ausgaben vorzunehmen. Allfällige wesentliche Kürzungen würden weder von ihr noch von der Bevölkerung verstanden und getragen.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren stimme die FDP/jf-Fraktion der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuererhöhung auf 1.07 Einheiten zu.

Matthias Manz dankt vorab namens der SP-Fraktion Beat Schmid und seinen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit und auch, dass er kurzfristig die Variante 4 gerechnet habe, welche ein aussagekräftigeres Bild ermögliche. Vor zwei Jahren – er habe auf den damals orangen und roten Plänen nachgeschaut – hätten noch ein Schuldenstand von CHF 30 Mio. und ein Eigenkapital von CHF 25 Mio. vorgelegen. Heute würden wir an einem Punkt stehen, wo Letzteres abgebaut sei; Hans-Rudolf Saxer habe gesagt "nicht benötigtes Eigenkapital". Man habe es aber wirklich benötigt, da man in den schwierigen letzten beiden Jahren Defizite habe zulassen wollen. Der Abbau des Eigenkapitals sei in einem grossen Konsens in diesem Rat passiert, was erstaunlich sei. Ebenfalls erstaunlich sei, dass offensichtlich alle Parteien den Konsens hätten, dass nun eine Steuererhöhung vorgenommen werden müsse. Dass zuerst für eine Neuverschuldung und dann für eine Steuererhöhung offenbar eine breite Meinungsübereinstimmung bestehe, erachte er als einigermaßen aussergewöhnlich. Es sei ein Anliegen der SP, zu versuchen, diesen Konsens so weit als möglich auch für die Zukunft weiter zu entwickeln.

Was würden für Möglichkeiten bestehen, die nun wirklich nicht mehr gesunden Finanzen zu "gesunden"? Auf der Aufwandseite teile er die Auffassung von Adrian Kauth. Es sei sinnlos, an weiteren Beiträgen oder am Sachaufwand noch schrauben zu wollen; der Gemeinderat habe bewiesen, dass er hier immer sehr restriktiv budgetiert habe. Dies würde die Attraktivität unserer – eigentlich wohlhabenden – Gemeinde, die einen guten service public biete, nachhaltig schädigen und das wolle niemand. Bei den Investitionen anzusetzen, würde gut "einschenken". Es wäre aber völlig falsch, dort das Niveau hinunterzuschrauben. Es würde erstens die Auftragnehmer (Gewerbe, Industrie) schädigen. Zweitens seien zusammengestrichene Investitionen einfach aufgeschobene Investitionen; eine Bugwelle nicht getätigter Investitionen vor sich hinschieben, würde sich rächen. Drittens hätte man im Bericht des Gemeinderats gesehen, dass ein grosser Teil eigentlich nötiger Investitionen gar nicht in den Finanzplan eingebaut worden sei. CHF 18 Mio. innerhalb von 5 Jahren

seien genannt worden, dies sei eine beträchtliche Zahl. Sogar wenn man eine Priorisierung vornehmen und nicht gerade alles als unbedingt nötig betrachten würde, so könnte für nicht in den Finanzplan eingebaute CHF 9 Mio. kein Geld eingestellt werden. Er sehe nicht, wie die Aufwandseite weiter gekürzt werden könnte. Der FILAG, da möge man unterschiedlicher Meinung sein; es handle sich um eine Rahmenbedingung, mit der man leben müsse. Es mache keinen Sinn, gross darüber zu diskutieren.

Beim Ertrag sei man am Überlegen, was die "schlauste" Lösung sei. Die Szenarien sollten dafür sorgen, dass die Schulden möglichst auf dem heutigen Niveau verbleiben würden. Das Eigenkapital müsse nach Auffassung der SP wieder geäufnet werden und man dürfe es nicht weiter absinken lassen. Dies seien die beiden wichtigsten Rahmenbedingungen. Das Eigenkapital sollte innert nützlicher Frist wieder auf CHF 25 Mio. oder mindestens CHF 20 Mio. aufgestockt werden, denn die nächste Krise komme ganz sicher. Die unsichere Lage könne gut dazu führen, dass man in ein paar Jahren wieder froh darüber sei, dass wieder Jahr um Jahr ein paar Mio. Franken Schulden gemacht werden könnten.

Die Gegenüberstellung führe die SP zur Auffassung, dass eigentlich nur die Steueranlage 1.11 zu einer Sanierung der Finanzen innert nützlicher Frist führe. Wenn der Antrag von 1.07 betrachtet werde – da müsse er Hans-Rudolf Saxer korrigieren –, so bedeute dies auch in kurzer Frist nicht eine wirkliche Sanierung. Denn auch in der kurzen Frist bis 2014 gehe diese Schere auseinander, und zwar kräftig. Die Schulden würden um CHF 8 Mio. zunehmen und das Eigenkapital um CHF 5,5 Mio. abnehmen. Dies sei für ihn auch auf kurze Frist keine Sanierung unserer Finanzen. Hans-Rudolf Saxer habe schon Recht, über 5 Jahre sei es schwierig, zu planen. Aber auch für eine kurze Fristspanne zeige sich keine wirkliche Verbesserung. Die Art von "höhere Schulden – tieferes Polster" sei für ihn eine Politik des Zechprellers. Wir hätten jahrelang einen tiefen Steuerfuss gehabt, hätten die Reserve "heruntergeritten" und seien jetzt nicht bereit, innert nützlicher Frist das Polster wieder zu äufnen. Für die SP sei es ein wichtiges Argument, dass man sage, die Gemeinde sollte rascher refinanziert werden auf ein Niveau, welches ein gutes Polster aufweise. Wenn rascher saniert werde, sei es auch möglich – wenn sich alles anders als geplant oder befürchtet entwickle –, dass der Steuerfuss eher wieder gesenkt werden könnte. Die SP sei sicherlich für eine Senkung, wenn die Finanzen entsprechend saniert seien.

Es gebe zwei weitere wichtige Gründe, welche für einen Steuerfuss von 1.11 sprechen würden:

1. Zurzeit würden gemeinsam eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene und eine Steuersenkung auf kantonaler Ebene anstehen. Dies sei eine einmalige Gelegenheit, welche in 2 oder 3 Jahren nicht mehr vorhanden sei. Jetzt könnte den Bürgerinnen und Bürgern eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene zugemutet werden, ohne dass sie – wegen der kantonalen Steuersenkung – tatsächlich mehr Steuern auf den Tisch legen müssten. Dies sei eine Gelegenheit, welche jetzt ergriffen werden sollte. Man könne den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren, dass man möglichst rasch eine Trendwende herbeiführen wolle.
2. Vorsichtsprinzip: Die Planung zeige, dass es sich nicht um eine nachhaltige Sanierung handle. Er glaube nicht, dass der GGR in zwei Jahren erneut eine zweite Steuererhöhung beschliessen und dem Volk beantragen werde. Wenn der Rat in zwei Jahren feststelle, dass es eben schlechter gehe als erhofft, dann gehe es wirklich ans "Eingemachte". Dies fände er unrichtig und schade.

Die SP-Fraktion beantrage deshalb eine Steueranlage von 1.11. Wenn sich eine Mehrheit für eine Steueranlage 1.09 abzeichnen würde, würde sie – um einen Konsens zu finden – allenfalls auch zu einer Anlage von 1.09 Hand bieten. Aber eine Steueranlage von 1.07 erachte sie einfach nicht als den richtigen Antrag an die

Bürgerinnen und Bürger und sie würde diesen in der Volksabstimmung auch nicht vertreten.

Markus Bärtschi führt aus, die SVP-Fraktion stehe hinter der vom Gemeinderat vorgelegten Vorlage. Sie verdanke diese ausdrücklich und anerkenne das Bemühen in finanziell schwierigen Zeiten, welches darin zum Ausdruck komme. Das Ringen um einen effizienten Mitteleinsatz sei in unserer Lage leider keine einmalige und auch keine vorübergehende Übung. Es werde auf absehbare Zeit Budgetdiskussionen, aber auch Beratungen über Sachvorlagen in diesem Raum bestimmen. Es gehe darum, den sprichwörtlichen Franken zweimal umzudrehen und dies sei etwas, wofür unsere Gemeinde in der Vergangenheit nicht gerade berühmt gewesen sei, im Gegenteil. Es handle sich um *tempi passati*. Dieses Bewusstsein müssten wir dauerhaft in unseren aber auch in den Köpfen der Verwaltung verankern. Dies sei nicht Selbstzweck, mache nicht Spass und es sei ganz sicher schöner gewesen in der Vergangenheit, als man Überschüsse habe verteilen können. Die SVP wehre sich gegen die Einstellung, die Zitrone sei ausgepresst und unsere Gemeinde stelle den Gipfel der menschenmöglichen Effizienz dar. Sie wolle bewusst den Druck aufrecht erhalten und nicht einfach Einnahmen oder Ausgaben anpassen. Er nehme aber das Wort von Matthias Manz auf und erinnere daran, dass vor einem Jahr die SVP und die SP zusammen einen Konsens gehabt hätten, die Steuererhöhung auf 1.07 ein Jahr früher zu machen, mindestens seitens der SVP mit dem Ziel, diese auch länger halten zu können. Dies habe nicht sein sollen. Soweit nötig werde sich die SVP in der Detailberatung zu einzelnen Punkten äussern, sie werde aber im Sinn der gemeinde-rätlichen Anträge stimmen und Abänderungsanträge ablehnen.

Peter Kneubühler (FDP) möchte Folgendes berichtigen: Die SP habe letztes Jahr gesagt, sie wolle beim Steuerfuss 0.99 bleiben. Umso mehr erstaune ihn nun deren Votum. Die SP habe letztes Jahr bei 0.99 bleiben wollen und jetzt strebe sie gerade eine Erhöhung auf 1.11 an. Er erachte dies als etwas eigenartig. Wenn die SP so vorausschauend sei, hätte sie schon letztes Jahr zusammen mit der SVP eine Erhöhung auf 1.07 beantragen sollen, damit die offenbar ungesunden Gemeindefinanzen "gesund" könnten. Und bezüglich der einmaligen Gelegenheit, da auf kantonaler Ebene eine Steuererleichterung eintrete: Er verweise auf die zwei erhaltenen Blätter, welchen die reduzierte Steuerentlastung bei 1.07 entnommen werden könne. Er möchte diese Zusammenstellung bei einem Steuerfuss von 1.11 sehen und vermute, dass damit bis zu einem Einkommen von CHF 300'000.00 kein Minus mehr resultieren würde. Für eine Steueranlage von 1.11 müssten aber auch derartige Zusammenstellungen vorliegen, um dies genau erkennen zu können. Er zweifle an der angeführten einmaligen Gelegenheit. Im Gegenteil, mit 1.07 sehe man, dass wahrscheinlich der grösste Teil der Einwohner unserer Gemeinde trotz Anlageerhöhung weniger Steuern zu bezahlen hätte.

Urs Grütter (SVP) führt aus, einige finanztechnische Begriffe, mit denen man um sich schlage, wären nicht allzu locker zu gebrauchen. Eigenkapital und Defizit: Wenn man sage, das Eigenkapital sollte – als Eckwert – 3 Steuerzehntel betragen, damit könnten gewisse Defizite "gefahren" werden, ohne dass der Eckwert verletzt werde, so sei dies richtig. Bei Defiziten reduziere sich das Eigenkapital, aber wenn ein grösseres Eigenkapital als das in unseren Eckwerten vorgegebene vorhanden sei, so würden gegenüber den Eckwerten Steuern auf Vorrat erhoben und das wolle man nicht. Wenn man also das Eigenkapital auf CHF 20 Mio. anschwellen lassen würde, so würde dies 6 bis 7 Steuerzehnteln entsprechen und diese wären also auf Vorrat erhoben. Unsere Finanzen seien heute als gesund zu betrachten. Wir würden zwar nicht mehr in Überschüssen schwimmen, wie dies auch schon der Fall gewesen sei, aber dies sei auch nicht nötig. Er wehre sich dagegen, dass hier davon gesprochen werde, unsere Finanzen müssten saniert werden. Sanieren müsse man bei einer Überschuldung; wir seien überhaupt nicht überschuldet. Wir müssten uns auch nicht

refinanzieren, unsere Schulden seien finanziert und sie seien gesund finanziert. Wir hätten keine gekündigten Kredite, welche man refinanzieren müsse. Die Begriffe "Sanieren" und "Refinanzieren" würden von schlechten Schuldnersituationen stammen, wie man sie heute im EU-Raum zuhauf kenne, aber nicht aus der Gemeinde Muri. Daher erachte die SVP eine Steueranlage von 1.07 als eine gute Grundlage für die nächsten paar Jahre. Ihm persönlich sei es auch ein Anliegen, dass nun nicht versucht werde, den Stimmbürgern mit einer einmaligen "Hosenlupfaktion" höhere Steuern unterzujubeln – welche ja im Moment nichts kosten würden – und dann habe man wieder für 10 Jahre Ruhe. Es wäre ihm wesentlich lieber, wenn alle zwei Jahre eine Steuererhöhung beantragt werden müsste, aber jedes Mal gut begründet würde, weshalb man mehr Steuern wolle. Dies würde den Blick auch schärfen für das, was wir bereits hätten und die Frage – auch im breiteren Publikum – entstehen lassen, ob wir wirklich eine Erhöhung brauchen würden oder probieren könnten, hier und da die Gemeindeleistungen hinunterzufahren. Diese Diskussion würde durch eine häufigere Traktandierung der Steuererhöhung für die Gemeindeabstimmung sicher gefördert und dies würden wir in unserer Situation brauchen.

## **Detailberatung Investitionsplan 2011 – 2016**

### Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

### Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen

### Kapitel 2, Bildung

Stefan Gautschi (forum) erkundigt sich, was bei der Schulanlage Moos unter "Heizungsregulierung" zu verstehen sei. Es seien dafür CHF 360'000.00 eingestellt und er verstehe unter Heizungsregulierung etwas sehr Kleines. Er sei überrascht von der Höhe der Zahl für so etwas Einfaches.

Rolf Eberhard (Leiter Hochbau + Planung) erklärt, im Investitionsplan könnten nicht ganze Begründungen aufgenommen werden. Es handle sich um die ganze Steuerung der Heizanlage im Schulhaus Moos. Diese funktioniere nicht mehr, es gehe um verschiedene Pumpen, technische und elektronische Geräte, welche ausgetauscht werden müssten. Zum Teil seien gewisse Bestandteile nicht mehr erhältlich und wenn diese aussteigen würden, funktioniere das Ganze nicht mehr. Die Regulierung der Heizanlage müsse deshalb total saniert werden.

### Kapitel 3, Kultur und Freizeit

Keine Bemerkungen

### Kapitel 4, Gesundheit / Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt

Keine Bemerkungen

### Kapitel 6, Verkehr

Francesca Ruta (SP) erkundigt sich, ob der Veloweg Thoracker-Saali nicht enthalten sei, da er auf weniger als CHF 50'000.00 zu stehen komme.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, entweder mache er weniger als CHF 50'000.00 aus und komme nicht in den Investitionsplan oder er mache mehr aus und werde über den Rahmenkredit finanziert. Eine dieser zwei Varianten sei zutreffend.

### Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft / Kapitel 9, Finanzen und Steuern

Keine Bemerkungen

Zusammenfassung

Keine Bemerkungen

Investitionsplan 2011 – 2016 nach Prioritäten

Keine Bemerkungen

**Finanzplan 2011 – 2016**

Finanzplan Steueranlage 0.99, Variante 1

Die Frage von Martin Häusermann (forum), ob zu allen Finanzplänen Ausführungen gemacht werden könnten, wird vom Vorsitzenden bejaht.

Martin Häusermann erklärt, obwohl die Meinungen im Saal vermutlich gemacht seien, wolle er doch die Gelegenheit nutzen und auf 2, 3 Punkte eingehen. Es sei bezüglich der Finanzpläne auf die Planungsgenauigkeit hingewiesen worden. Es sei in der Tat so, dass es sich um ein Budget handle und es bleibe ein Budget. Er wolle aber daran erinnern, dass es in jeder Unternehmung gleich ablaufe und auch die Unternehmungen würden aufgrund von Budgets Entscheide fällen, sie würden Projekte sistieren, bis hin zu Personalabbau durchführen. An die Adresse der FDP, die auf das Prinzip der Hoffnung setze und sage, das Ergebnis werde dann hoffentlich schon besser sein als das Budget, wolle er die Frage richten, ob Hoffnung ein guter Ratgeber in Finanzangelegenheiten sei. Zum Betrachtungszeitraum: Das forum sei damit einverstanden, dass der Betrachtungszeitraum 2012 – 2014 herangezogen werde. Er wolle aber darauf hinweisen, dass bei einer Steueranlage 1.07 bereits im Jahr 2014 das Eigenkapital auf dem Minimum sei und nur noch 3 Steuerzehntel betragen werde. Die Variante mit einer Anlage von 1.09 würde wesentlich tiefere Defizite aufweisen, insbesondere für das Jahr 2014. Er wolle es nicht versäumen, noch einmal auf die Investitionen hinzuweisen. Es seien werterhaltende Investitionen von CHF 18 Mio. in den nächsten 5 Jahren nicht eingestellt. Es seien die Investitionen für die Schulraumplanung, die voraussichtlich kommen werde, nicht eingestellt. An die Adresse der SVP: Auch das forum sei der Meinung, die Gemeinde verfüge im Moment über einen gesunden Finanzhaushalt und es sei eben ein Anliegen des forums, dass dieser so beibehalten werden sollte. Abschliessend wolle er informieren, dass das forum einer Erhöhung auf 1.07 nicht zustimmen werde.

Matthias Manz (SP) erklärt, er wolle auf zwei Sachen eingehen, auf die er angesprochen worden sei. Es sei nicht zu bestreiten, dass die kantonale Steuersenkung die Steuererhöhung der Gemeinde Muri abfedern werde und die Gelegenheit sei jetzt da und nicht später. Zum Zweiten: Letztes Jahr habe die SP gegen einen Steuerfuss von 1.07 gestimmt, da sie das Gefühl gehabt habe, dies wäre aus der Hüfte geschossen. Genau die Unterlagen, die heute zur Beurteilung zur Verfügung stehen würden, hätten damals noch nicht vorgelegen. Im Übrigen habe Urs Grütter Recht, er habe zum Teil Begriffe verwendet, welche nicht korrekt seien. Der Begriff "Sanierung" sei nicht richtig, aber Gesundung der Finanzen sei sicherlich der richtige Ausdruck. Ebenfalls nicht korrekt sei "Refinanzierung", aber korrekt sei nach Meinung der SP, dass das "weggefressene" Polster wieder geäufnet werden sollte, und zwar nicht auf Kosten anderer Generationen.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion lebe überhaupt nicht das Prinzip der Hoffnung. Es seien ganz klare Faktoren vorhanden und die Eckwerte würden ein-

gehalten. Die FDP sei für einen flexiblen Steuersatz, gegen Steuern auf Vorrat, sie wolle die Mittel knapp halten, damit keine Begehrlichkeiten entstehen würden. In zwei, drei Jahren – oder schon früher – könne wieder über den Steuersatz diskutiert werden, sofern nötig auch gegen oben. Die Investitionen von CHF 18 Mio. seien ja in der Botschaft erwähnt, es werde nichts irgendwo verborgen. Sie seien einfach noch nicht eingestellt, da sie erst nach der 3-Jahresperiode anfallen würden. Man könnte den Betrag hinten noch hineinschreiben, dann würde es noch etwas mehr Investitionen geben. Ob die CHF 18 Mio. ab 2015 erwähnt würden oder nicht, spiele keine Rolle, Hauptsache sei, sie seien in der Botschaft aufgeführt. Es werde nicht irgendwas unter den Teppich gewischt oder irgendetwas verheimlicht. Daher könne die FDP/jf-Fraktion ganz klar zu den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Anträgen stehen.

### **Detailberatung Voranschlag 2012**

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung.

#### Allgemeine Verwaltung, S. 2-4

Keine Bemerkungen

#### Öffentliche Sicherheit, S. 5-7

Keine Bemerkungen

#### Bildung, S. 8-10

Keine Bemerkungen

#### Kultur und Freizeit, S. 11-13

Beat Schneider (SP) stellt den Antrag, das Kultur- und Freizeitbudget um CHF 75'000.00 zu erhöhen, und zwar beim Konto 302.365.25 *Unterstützung von Kulturprojekten* oder allenfalls bei einem Konto weiter hinten wo es heisse *Beiträge an Konzerte, Theater, Ausstellungen*. Zur Begründung führe er an, dass der GGR an seiner Sitzung vom 21. September 2010 beschlossen habe, dem neuen Subventionsvertrag gemäss Kulturförderungsgesetz zuzustimmen. Dies bedeute, dass die Gemeinde einen sechsstelligen Betrag einspare. Mit andern Worten, die Gemeinde kürze das Kulturbudget um CHF 150'000.00 oder die Position 302 werde um einen Viertel gekürzt. Wie bereits anlässlich der obgenannten GGR-Sitzung vorgebracht, sei die SP der Meinung, dass die Gemeinde nicht beim Kulturbudget sparen sollte, denn wir würden nach wie vor genau gleich viel Kulturleistungen in der Region geniessen, wie vorher. Mit einer Aufstockung des Budgets könnten vermehrt auch Kulturanlässe in der Region unterstützt werden, einzelne Events wie Konzerte oder auch länger dauernde Projekte wie Theater etc. Er sei sicher, dass die Kulturkommission geeignete Vorhaben zur Hand hätte. Die SP sei der Meinung, dass dadurch die Lebensqualität verbessert und das Image und die Attraktivität unserer Gemeinde erhöht würden. Auf Seite 8 der Botschaft, 6. Abschnitt, weise der Gemeinderat darauf hin, dass er nicht dazu Hand biete, die freiwilligen Leistungen völlig herunterzufahren, da dies letztlich die Attraktivität der Gemeinde als Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandort im Kern treffen würde. Er bitte die Ratsmitglieder, seinem Antrag wohlwollend zuzustimmen.

Patricia Gubler führt namens des Gemeinderats aus, sie ersuche den Rat, dem Antrag der SP aus folgenden Gründen nicht zuzustimmen: Es sei nicht so, dass die Gemeinde mit der Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz einen 6-stelligen Betrag spare. Es handle sich hier um eine Anpassung von vormals zu viel berechneten Ausgleichsbeiträgen. Neu würden die Beiträge nur noch

nach der Einwohnerzahl und nicht mehr zusätzlich nach der Finanzkraft der Gemeinde berechnet. Also könne hier nicht von Sparen gesprochen werden, es sei bis jetzt einfach zu viel berechnet worden. Der Gemeinderat sehe angesichts der angekündigten Steuererhöhung und dem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 1 Mio. keinen Anlass, den Voranschlag 2012 grundlos noch zusätzlich zu belasten. Vielmehr habe er sich bemüht, die freiwillig erbrachten Beiträge, die hauptsächlich in die Bereiche der Kultur, des Sports und der Freizeit fallen, moderat zu kürzen. Dies aber ohne grosse und spürbare Auswirkungen für die Bevölkerung. Würde der Rat nun einer Aufstockung um CHF 75'000.00 zustimmen, würde von einer Verdreifachung des Kulturbetrags gesprochen. Das Kulturangebot in unserer Gemeinde sei weiterhin äusserst attraktiv und interessant. Sie denke es wäre falsch, hier von einer Verschlechterung der Lebensqualität zu sprechen. Das Engagement unserer Gemeinde in kulturellen Bereichen sei weiterhin sehr grosszügig. Dies sehe sie auch immer wieder im Vergleich mit anderen Gemeinden, mit welchen zweimal jährlich ein Austausch stattfindet. Bei einer Gutheissung des Antrags der SP müssten sich der Gemeinderat und die Kulturkommission auf die Suche nach potenziellen Subventionsempfängern machen. Sie denke, dies wäre im Moment nicht gerade sinnvoll. Deshalb ersuche sie den Rat, den Antrag abzulehnen.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er mache hinter jedes Kultursponsoring durch Gemeinden ein Fragezeichen und er sei froh, dass der Gemeinderat nicht den Antrag stelle, in diesem Bereich noch mehr zu machen. Private könnten dies nämlich viel effizienter. Man müsse nicht einen Betrag oben hineinstossen, in der Verwaltung Aufwände generieren und am Schluss komme dann unten gleich viel hinaus, nachdem man noch einmal gleich viel an Aufwand dazugetan habe. Mit einem privaten Sponsoring würden sich auch Projekte ergeben, die nachher gut getragen würden. Es sei ihm ein Gräuel festzustellen, wie zum Teil Kulturprojekte "durchgesponsert" würden, bei denen quasi die Leute noch bezahlt werden müssten, damit sie überhaupt zuhören gingen.

#### Antrag der SP-Fraktion

Aufstockung des Budgets zur Unterstützung von Kulturprojekten um CHF 75'000.00.

#### Beschluss (13 Ja / 23 Nein)

Der Antrag der SP-Fraktion wird abgelehnt.

#### Gesundheit, S. 14 + 15

Keine Bemerkungen

#### Soziale Wohlfahrt, S. 16-20

Keine Bemerkungen

#### Verkehr, S. 21 + 22

Keine Bemerkungen

#### Umwelt und Raumordnung, S. 23-25

Keine Bemerkungen

#### Finanzen und Steuern, S. 26-28

Keine Bemerkungen

#### Artengliederung, S. 29-31

Keine Bemerkungen

## Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2012

Keine Bemerkungen

## **Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben**

Keine Bemerkungen

Martin Häusermann und Hans-Rudolf Saxer verzichten als Sprecher der GPK bzw. des Gemeinderates auf ein Schlusswort.

## **Abstimmungen**

Der Vorsitzende informiert, es werde zuerst über die Anträge betreffend Anpassung der ordentlichen Gemeindesteuer gegenüber dem Antrag des Gemeinderats abgestimmt. Der in der Abstimmung obsiegende Ansatz komme in die Schlussabstimmung, welche Grundlage für die Abstimmungsbotschaft bilde. Es würden zwei Anpassungsanträge vorliegen.

Matthias Manz (SP) führt zur Steueranlage aus, um eine möglichst breite Basis zu finden, ziehe die SP ihren Antrag zu Gunsten des forums zurück und bitte die Ratsmitglieder, den forum-Antrag für eine Steueranlage von 1.09 zu unterstützen. Dies, obschon die SP eine Steueranlage von 1.11 als besser erachtet hätte.

### Antrag der forum-Fraktion

*"ordentliche Gemeindesteuer im 1.09-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze"*

### Antrag des Gemeinderats

*"ordentliche Gemeindesteuer im 1.07-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze"*

### Beschluss

23 Stimmen entfallen auf den Antrag des Gemeinderats

14 Stimmen entfallen auf den Antrag der forum-Fraktion

## **Schlussabstimmung**

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2011 - 2016 wird genehmigt. (28 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Vom Finanzplan 2011 - 2016 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2012 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt. (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2012 wird mit folgenden Ansätzen zu Handen der Volksabstimmung genehmigt: (24 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen)
  - ordentliche Gemeindesteuer im 1.07-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
  - Liegenschaftssteuer 0,5 ‰ des amtlichen Wertes;
  - Feuerwehrpflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
  - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.



## **5 Motion Ruta betr. Veloweg Thoracker-Saali; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher als Ergänzung zum Zwischenbericht aus, auch wenn die Forderung eher banal aussehe und es von aussen den Anschein mache, dieses Vorhaben könne eigentlich problemlos realisiert werden, zeige die Auflistung unter Punkt 2.1. doch eindrücklich, wie komplex und verstrickt die Abklärungen seien, welche gemacht werden müssten. Er sei zuversichtlich, dass alle Beteiligten und Betroffenen ins gleiche Boot geholt werden und so garantieren könnten, dass die Arbeiten im kommenden Winter zur Ausführung gelangen würden. An dieser Stelle danke er Ernst Soltermann, Leiter Umwelt und Verkehr, für sein an den Tag gelegtes Tempo, aber auch für sein pragmatisches Vorgehen.

Francesca Ruta (SP) erklärt, dieser Zwischenbericht freue sie und die SP-Fraktion natürlich und sie bedanke sich bei allen Beteiligten ganz herzlich. Sie habe noch eine Frage: Da mit der Stadt Bern ohnehin die Ampelanlage diskutiert werde, ob man da gedenke, die allgemeine Funktionsweise zu ändern? Nicht was die Autos anbelange – sie finde es gut, dass die Geschwindigkeit reguliert werde –, sondern es gehe eher darum, dass es erfreulich wäre, wenn die Ampel innert nützlicher Frist auf Grün schalten würde, nachdem die Fussgänger und neu dann auch die Velofahrer die Taste gedrückt hätten. Ob man warte bis die Ampel auf Grün springe oder ob man warte, bis keine Autos mehr kommen würden, laufe im Moment aufs Gleiche hinaus. Sie möchte sich deshalb erkundigen, ob diese Problematik angegangen worden sei oder werde.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er erachte es als einen totalen "Chabis", dass diese Ampel stets in Betrieb und auf Rot stehe. Wenn Autos und Motorräder auf die Ampel zufahren würden, müssten sie – bei einer gültigen Geschwindigkeitslimite von 50 km/h – das Tempo reduzieren, damit die Ampel auf Grün schalte. Den Sinn dieser Art Schaltung sehe er nicht ein. Es wäre ausreichend, wenn Fussgänger und Velofahrer die Taste drücken könnten, worauf die Ampel auf Grün schalte. Weshalb diese Schikane für den Autoverkehr bestehe, leuchte eigentlich nicht ein.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

### Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Ruta (SP) betr. Veloweg Thoracker-Saali wird Kenntnis genommen.

## **6 Überparteiliches Postulat betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Marina Graham (forum) bedankt sich im Namen aller Motionärinnen und Motionäre für den Zwischenbericht. Die Präsentation des Geschäfts Schulraumplanung im November werde mit Spannung erwartet.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

### Beschluss

Vom Zwischenbericht zum überparteilichen Postulat betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus wird Kenntnis genommen.

## **7 Skateboard-Anlage Füllerich**

- A) Jugendmotion betr. Skateboard-Anlage; Abschreibung**
- B) Motion SP-Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard-Anlage von der Gesamtsanierung Füllerich; Abschreibung**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Suzanne Fankhauser (SP) führt aus, die SP-Fraktion sei sehr froh und sage "Freude herrscht", dass es nun mit dieser Anlage geklappt habe und dass die Einweihung so erfolgreich über die Bühne gegangen sei. Allgemein sei das Echo der Jugendlichen enorm positiv und die SP sei sehr froh, dass die Anlage von der Gesamtsanierung abgekoppelt werden können. Es sei hier die Rede von einer Jugendmotion und es wären sonst allenfalls nicht mehr Jugendliche gewesen, welche von der Anlage hätten profitieren können. Sie bedanke sich dafür, dass die Anlage so habe realisiert werden können und hoffe, dass weiterhin alle Spass daran hätten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

### Beschluss (einstimmig)

1. Die Jugendmotion betr. Skateboard-Anlage wird abgeschrieben.
2. Die Motion SP-Fraktion betr. Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard-Anlage von der Gesamtsanierung Füllerich wird abgeschrieben.

## **8 Motion Wegmüller / Wakil (SP) betr. jugendgerechte Abstimmungsinformationen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler informiert als gemeinderätliche Sprecherin in Ergänzung zur Antwort des Gemeinderats, dieses Jahr seien für die Jungbürgerfeier 115 Einladungen verschickt worden. Die Jungbürger hätten dort die Möglichkeit gehabt anzukreuzen, ob sie ein Easy-Abstimmungsbüchlein möchten. 14 davon hätten sich ein solches zuschicken lassen.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Prüfung der Abgabe von jugendgerechten Abstimmungsinformationen. Die vorgeschlagene Lösung entspreche allerdings nicht seinen optimalen Vorstellungen. Im Sinne eines gut eidgenössischen Kompromisses könne er sich aber trotzdem mit der Lösung des Gemeinderats einverstanden erklären. Er habe noch zwei Fragen und eine Anregung an die Adresse des Gemeinderats. Er möchte gerne wissen:

1. Wie lange die Versuchsphase dauere?
2. Wie der Erfolg der Versuchsphase ausgewertet werde und ob dem Grossen Gemeinderat der Bericht zur Verfügung gestellt werde?

Zur Anregung: Er bitte den Gemeinderat, dem Anmeldetalon für den Bezug der Abstimmungsinformation ein Muster des "easy" beizulegen. Nur so könnten sich die Jugendlichen ein Bild über die Easy-Botschaft verschaffen und wirklich entscheiden, ob sie ihnen zugestellt werden soll. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen und er sei mit der Abschreibung einverstanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

#### Beschluss

1. Das Postulat Wegmüller / Wakil (SP) betr. jugendgerechte Abstimmungsinformationen wird überwiesen (grossmehrheitlich)
2. Der Rat spricht sich einstimmig für die Abschreibung des Postulats aus.

### **9 Motion FDP-Fraktion zur Senkung des Stromverbrauchs und der Lichtverschmutzung durch die öffentliche Beleuchtung**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, eine Strassenlampe sei in der Gemeinde Muri bei Bern pro Jahr ca. 4'300 Stunden in Betrieb; dies also durchschnittlich 11,8 Stunden pro Tag. Die Leuchten würden nicht auf fixe Zeiten ein- und ausgeschaltet, sondern Lichtmessungen an diversesten Standorten würden das Ein- und Ausschalten steuern. Eine dicke Wolkendecke (zum Beispiel eine Gewitterfront) am Nachmittag könne dazu führen, dass die Laternen zu leuchten beginnen würden. Im Kanton Bern gebe es sieben Trafokreise. Innerhalb eines Trafokreises seien die Lampen in den diversen dazugehörenden Gemeinden gleich geschaltet, d.h. in den Agglomerationsgemeinden würden die Leuchten in etwa gleich lang brennen. Anders könne es in der Stadt Bern aussehen, da diese Gemeinde eine eigene Stromversorgung habe.

Eine vollständige Abschaltung zum Beispiel zwischen 02.00 und 05.00 Uhr wäre grundsätzlich möglich. Die Kosten wären wahrscheinlich recht tief, allerdings müsste zuerst überprüft werden, ob die nötigen Rundsteuerempfänger bei den Kandelabern noch funktionieren würden. In Quartieren, welche nicht an eine Hauptstrasse grenzen würden, dürfte dies keine Probleme bereiten. Bei Quartieren z.B. entlang der Worb- und Thunstrasse dürfte eine Ganzabschaltung nicht ganz einfach sein, da zuerst eine strikte Trennung aller Leitungsstränge erfolgen müsste, damit nicht auch sektorenweise das Licht der Hauptstrasse abgeschaltet würde. Eine vollständige Dimmung würde Investitionskosten in der Grössenordnung von Franken 1,3 Mio. verursachen; dies allerdings nur, wenn alle Kandelaber, alle Unterführungen und alle "Spezialbeleuchtungen" gedimmt würden. Bei der 1. Priorität von Leuchturnrüstungen betrügen die Investitionskosten CHF 210'000.00 und würden eine jährliche Stromkosteneinsparung von ca. CHF 18'530.00 bringen, d.h. der return on investment würde 11 Jahre betragen. Bei der schlechtesten Priorität würden die Umrüstkosten CHF 125'000.00 betragen und lediglich eine jährliche Einsparung von CHF 2'140.00 bringen. Hier würde sich die Investition erst nach 58 Jahren "rechnen". Je kürzer die Nachtabschaltungszeit festgelegt würde, umso geringer wäre die entsprechende Kostenwirkung. Jedenfalls würde diese Massnahme im Vergleich zur Dimmung nur noch einen sehr geringen Effekt mit sich bringen. Zur Illustration:

- Die Dimmung auf 50% der Lichtintensität bringe einen Kosteneffekt von ca. 25%
- Eine zusätzliche Nachtabschaltung um z.B. 5 Stunden bringe noch einen weiteren Spareffekt von ca. 23%

- Die zusätzliche Nachtabschaltung um 4 Stunden bringe noch einen Spareffekt von ca. 13%
- Die zusätzliche Nachtabschaltung um 3 Stunden würde dementsprechend wohl nur noch einige wenige % bringen.

Zu beachten gelte es, dass die totale Abschaltung sehr umstritten sein dürfte. Nebst der energieträchtigen Symbolwirkung bleibe zu bedenken, dass in den dunklen Quartieren die Gefahr von Einbrüchen tendenziell steigen und das persönliche Sicherheitsgefühl sinken dürfte.

Beat Schmitter (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche und detaillierte Abklärung. Es seien sich wohl alle einig, dass Energiesparen etwas sei, das mehr und mehr auf uns zukomme und es sei wichtig, dass auch die Gemeinde Muri sich Gedanken mache, was möglich und finanzierbar wäre und was nicht. Im vorliegenden Fall sei dies sehr umfassend und gut gemacht worden. Die FDP sei mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Stefan Gautschi bedankt sich namens der forum-Fraktion bei der FDP für die sinnvolle und aktuelle Einreichung dieser Motion. Aus der Antwort des Gemeinderats sei ersichtlich, wie viel die Gemeinde in dieser Hinsicht bereits getroffen und eine deutliche Senkung des Stromverbrauchs erreicht habe. Die aufgezeigte Grenze der Optimierung des Energiesparpotenzials sei sehr positiv erklärt und vernünftig dargestellt. Was in der Motion und der Antwort des Gemeinderats fehle, sei die Thematik der Lichtverschmutzung, wie auch die Störung der Beleuchtung im privaten Bereich. Es wäre wünschenswert, wenn die Aussenbeleuchtung oder das Anbringen von Leuchtreklamen in der Baubewilligung klar geregelt würden. In der Planung werde auf das Erscheinungsbild des Dorfkerns, auf die Landschaft oder die Gestaltung eines Gebäudes grösster Wert gelegt, dies natürlich nur bei Tageslicht. In der Nacht aber sei einer störenden Lichtgestaltung – oder eben Lichtverschmutzung – immer noch weitgehend Tür und Tor geöffnet. Es wäre wünschenswert, wenn allenfalls die Baukommission oder der Gemeinderat sich hierzu Gedanken machen würden, wie man Leitplanken aufstellen könnte für die Lichtgestaltung im privaten Bereich.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Christian Staub als auch Beat Schmitter verzichten auf ein Schlusswort.

#### Beschluss

1. Das Postulat FDP-Fraktion zur Senkung des Stromverbrauchs und der Lichtverschmutzung durch die öffentliche Beleuchtung wird überwiesen (einstimmig).
2. Der Rat spricht sich einstimmig für die Abschreibung des Postulats aus.

## **10 Motion SVP-Fraktion betr. Videoüberwachung im öffentlichen Raum**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher in Ergänzung zur vorliegenden Botschaft, im Rahmen von gerichtspolizeilichen Ermittlungen bestehe die Möglichkeit, dass die Kapo selber entsprechende Überwachungen machen könne. Die rechtliche Grundlage dafür liefere die Strafprozessordnung. Die Kapo entscheide von Fall zu Fall über den Einsatz solcher Mittel. Zwingende Voraussetzung dafür sei eine vorliegende Anzeige. Zudem müsste die zuständige Staatsanwaltschaft ihre Zustimmung für eine solche Überwachung geben und ermittlungsmässig und taktisch müsste der

Einsatz dieses Mittels Sinn machen. Dieses stünde vielfach in Kombination mit anderen Massnahmen wenn es darum gehe, ein Verbrechen aufzudecken.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, beim Lesen der gemeinderätlichen Stellungnahme entstehe beinahe der Eindruck, die Motionärin verlange irgendwo eine konkrete Massnahme. Dem sei nicht so. Den knappen zwei Zeilen des Motionstextes könne entnommen werden, dass es effektiv darum gehe, einen Entwurf für eine gesetzliche Grundlage zu erhalten. Das komplizierte Prozedere sei in der Stellungnahme sehr gut beschrieben und gerade weil es so kompliziert sei und einige Zeit in Anspruch nehmen würde, müssten die Grundlagen rechtzeitig geschaffen werden. Der erste Schritt dazu sei die Überweisung der Motion. Anschliessend werde über einen Entwurf zu beraten sein, dieser könne allenfalls noch auf eine Ehrenrunde geschickt oder "versenkt" werden; es würden noch weitere Schritte folgen. Die SVP teile grundsätzlich die Auffassung des Gemeinderats, dass eine Gemeinde-Videoüberwachung nur als ultima ratio in Frage kommen könne. Sollte dann aber irgendwo ein solches Bedürfnis entstehen – da z.B. ein Veloabstellplatz ansonsten nicht mehr benützt, nicht mehr angenommen würde –, wäre es zu spät und man könnte nicht erst dann anfangen, sich Gedanken zu machen um diesen Weg zu beschreiten, sondern dann müsse diese Option schon vorliegend sein, auch wenn es die letzte sei. Es werde also nicht darüber diskutiert, ob wir morgen mit dem Regenschirm nach draussen gehen würden, sondern wir würden nun erst einmal einen Katalog über Regenschirme bestellen und schauen, was da komme. Er denke, dies sei vernünftig und er bitte um Unterstützung.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, grundsätzlich unterstütze die SP-Fraktion die Motion, obschon Videoüberwachung ein heikles Thema, auch gerade in der Bevölkerung, sei. Eine gezielte, an neuralgischen Punkten eingesetzte Videoüberwachung könne aber sinnvoll und vorbeugend sein. Erstaunt sei er eigentlich von der Antwort des Gemeinderats. Am 22. März dieses Jahrs habe der Grosse Gemeinderat die Motion Ziberi betr. Aufwertung der Veloparkplätze in Muri-Gümligen behandelt. Bei dieser Gelegenheit sei auch das Thema Videokameras gegen Vandalismus zur Diskussion gestanden. Der Gemeinderat habe damals in seiner Botschaft geschrieben: *"Rechtlich nicht zulässig wäre zur Zeit die Überwachung der öffentlichen Veloparkplätze mittels Kameras. Vorgängig müsste dazu ein entsprechendes Reglement im Grossen Gemeinderat verabschiedet werden, welches die rechtliche Grundlage darstellen würde."* Nun folge der wichtige Satz: *"Wie bereits erwähnt, erachtet der Gemeinderat indessen einen solchen Schritt als unverhältnismässig."* Er wisse nicht, was den Gemeinderat nun zu dieser Spitzkehre bewogen habe, dass es jetzt verhältnismässig sei und er die Motion vorbehaltlos überweisen lassen wolle. Vielleicht, da der Vorschlag von der SVP komme.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Christian Staub als auch Markus Bärtschi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (36 Ja / 1 Enthaltung)

Die Motion SVP-Fraktion betr. Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird überwiesen.

**11 Interpellation Wegmüller (SP) zur Planung der International School of Berne AG**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller(SP) führt aus, formell sei er von der Antwort des Gemeinderats befriedigt, inhaltlich etwas weniger. Erfreulich sei vor allem, dass der Bau des Wärmeverbunds – insbesondere die Leitungen, die im Moment sichtbar seien – vorwärts gehe. Erfreulich sei auch, dass der Vertrag betreffend 3-fach-Turnhalle durch die neue Trägerschaft unterzeichnet worden sei. Der Rest der Antwort sei etwas hilflos und ungewiss. Nicht einmal zum Zeitplan könne der Gemeinderat etwas sagen. Er hoffe aber, dass sich der Gemeinderat mit der nötigen Kraft für die Realisierung der ISB einsetze.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

**12 Interpellation Manz (SP) betr. Umsetzung des Bundesgerichtsurteils bzw. Rechtsverzögerung im Fall Kamata**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Matthias Manz (SP) bedankt sich für die Antwort. Er stelle mit einer gewissen Befriedigung fest, dass der Gemeinderat, welcher selber nicht direkt in den Fall involviert sei, auch aus seiner Warte die jetzige Situation als höchst problematisch betrachte. Die Durchsetzung eines solch wichtigen Urteils stehe innerhalb von 1 1/2 Jahren bei 0,0. Er möchte die Bauverwaltung ermuntern, die Baugesuche zügig zu behandeln, damit es wirklich vorwärts gehe.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

**13 Interpellation Kneubühler (FDP): "Parkierungsdruck" auf Quartiere wegen Neubauten**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Peter Kneubühler (FDP) bedankt sich für die sehr ausführliche Stellungnahme, er sei sehr zufrieden damit.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

**14 Informationen des Gemeinderats**

Patricia Gubler ruft in Erinnerung, dass die Gemeinde für den kommenden Samstag, 29. Oktober 2011, in den Vidmarhallen eine Vorstellung des Theaterstücks "Hedda Gabler" eingekauft habe. Es seien noch einige wenige Billette vorhanden. Diese könnten am Mittwoch- oder am Donnerstagmorgen bei der Schulverwaltung, Frau Scheurer, bezogen werden.

## 15 **Neue parlamentarische Vorstösse**

### **Jugendmotion betreffend Einführung des Jugendcafés (JUCA-Cafés) / im "Gümu-Treffpunkt"**

Der Gemeinderat wird eingeladen, eine Massnahme zu ergreifen, damit das Jugendcafé (JUCA) im "Gümu-Treffpunkt" integriert werden kann.

#### **Einführung**

Wir alle wissen, dass wir in Muri-Gümligen bereits einen Jugendtreff ("GüMU") haben, ansonsten aber die Angebote für Jugendliche bescheiden sind. In unserer Gemeinde fehlt ein Mittelding zwischen einem (z.B. von Sozialarbeitern) geführten Treffpunkt und einem Aufenthaltsort für Jugendliche, der Raum für Eigeninitiative lässt. Was meinen wir konkret damit?

#### **Begründung**

Das Jugendcafé (JUCA) ist nicht nur als Aufenthaltsort für Jugendliche gedacht. Ziel der Arbeit im Jugendcafé soll neben dem Spass auch die Förderung von selbstständigem Handeln, Toleranz gegenüber seinen Mitmenschen, eigenständigen Entscheidungen und Übernahme von Verantwortung sein. Neben dem konstanten Angebot des JUCAs sollen im Laufe des Jahres von den Jugendlichen selbst organisierte Veranstaltungen oder kleinere Projekte geplant und durchgeführt werden; von einem Openairanlass über ein Fussballturnier bis hin zu einer Modenschau etc. Somit werden Kreativität, Selbstständigkeit und Teamwork gefördert. Die Jugendlichen, die das Jugendcafé betreiben, übernehmen die ganze Verantwortung, sei es das Bestellen der Getränke, das Bezahlen der Rechnungen, das Organisieren und Koordinieren von Veranstaltungen etc.

Das Zentrale am ganzen Projekt ist es, dass sich die Jugendlichen nicht nur im "GüMU" aufhalten können, sondern vielmehr einen Ort haben, den sie auch selbst gestalten und "mitführen" können! Dabei können sie sich als initiative Menschen erfahren, die etwas bewegen können.

Samssoodeen Damin  
Schaub Maria  
(und 44 Mitunterzeichnende)

### **Motion Schmitter (FDP-Fraktion) zur Sanierung des Burgernzielkreisels und der dort hinführenden Achsen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit der Stadt Bern und ggf. mit den kantonalen Behörden unverzüglich Kontakt aufzunehmen und sicherzustellen, dass die in der Stadt Bern geplante Sanierung der Achse Ostring – Thunplatz und des Burgernzielkreisels in einem regionalen Rahmen geplant wird und nicht zu unerwünschten Mehrbelastungen der Gemeinde Muri und ihrer Einwohner durch vermehrte Immissionen durch den Straßenverkehr, insbesondere durch die zu erwartenden häufigen Rückstaus führt.

#### **Begründung**

Die Stadt Bern plant, die Verkehrsachse Ostring (Autobahn) – Thunplatz und insbesondere den Verkehrsknotenpunkt Burgernziel zu sanieren. Ziel der Sanierung sind neben der Behebung des Unfallschwerpunkts Burgernziel unter anderem die bessere Bevorzugung des ÖV und des Langsamverkehrs, bessere Verhältnisse für Fußgänger und mehr Sicherheit für Behinderte. Gemäß Vorprojekt fallen dadurch auf

der wichtigen und sehr stark befahrenen innerstädtischen Querverbindung Fahrspuren für den Privatverkehr weg, so z.B. in der Thunstrasse stadteinwärts. Dies wird während den Hauptverkehrszeiten unweigerlich zu Rückstaus führen. Die Planer der Stadt Bern rechnen damit, dass nach der Sanierung die Kapazität der Achse um mindestens 15% reduziert sein wird. Um diese Staus beherrschen zu können ist geplant, an den Eingängen der Achse sogenannte Dosiersysteme zu errichten, Lichtampeln, welche nur so vielen Fahrzeugen die Durchfahrt erlauben wie die Achse bewältigen kann. Ein solches Dosiersystem ist auch im Egghölzli an der Gemeindegrenze zu Muri geplant und würde dazu führen, dass sich in den Stosszeiten ein Stau im Bereich der Gemeinde Muri bildet und dass sich der Verkehr dann allenfalls über Schleichwege durch Gemeinde-Quartiere einen ungewollten Weg sucht. Dies läuft den Interessen der Gemeinde und der Anwohner klar entgegen.

Sanierungen an regional wichtigen Verkehrsachsen mit zu erwartenden recht einschneidenden Folgen müssen unbedingt auch im Rahmen der Region unter Mitarbeit aller Betroffenen geplant und durchgeführt werden. Insbesondere sind für allfällig notwendige Dosiersysteme Rückstauräume zu finden, welche nach Möglichkeit nicht im bewohnten Gebiet liegen.

Muri, 20. Oktober 2011

Beat Schmitter

H. Treier, M. Bärtschi, S. Lack, U. Siegenthaler, M. Kästli, R. Raaflaub, J. Gossweiler, S. Fankhauser, A. Kauth, Ch. Grubwinkler, U. Grütter, U. Wenger, B. Eber, A. Damke, P. Kneubühler, A. Bärtschi, D. Bärtschi, B. Schneider, F. Elsinger, M. Manz, B. Marti, F. Burkhard, M. Kämpf, V. Näf, M. Graham, E. Mallepell, A. Corti, A. Lüthi, F. Schwander, J. Aebersold, Y. Brügger (32)

#### **Motion SP-Fraktion: Gezielte Förderung von Solaranlagen**

Der Gemeinderat wird beauftragt ein Inventar von Gebäuden in der Gemeinde zu erstellen, deren Dächer sich für mittelgrosse Solaranlagen eignen würden.

Dazu soll in einem Konzept aufgezeigt werden, wie diese in Zusammenarbeit mit Firmen und Privatpersonen realisiert werden können, welche Rahmenbedingungen für die Realisierung förderlich sind und welche Rolle die Gemeinde dabei spielen kann.

#### **Begründung**

Die Gemeinde hat sich mit der Unterzeichnung der BEakom-Vereinbarung verpflichtet, sich für optimale Rahmenbedingungen zur Nutzung vorhandener erneuerbarer Energien einzusetzen. Sonnenenergie als wichtige Energiequelle könnte auch in unserer Gemeinde mehr genutzt werden. Insbesondere sollten vermehrt mittelgrosse Anlagen auf grösseren Dächern von Firmen, Schulhäusern etc. realisiert werden. Die Realisierung solcher Anlagen hätte auch für Einfamilienhausbesitzende Signalwirkung.

Auf diese Weise könnte die Gemeinde, einen aktiven Beitrag zum Ausstieg aus der Atom-Energie leisten, welcher im Bundesparlament bereits entschieden wurde.

Muri bei Bern, 19. Oktober 2011

Beat Schneider

F. Ruta, Y. Brügger, M. Graham, M. Kämpf, M. Häusermann, F. Elsinger, V. Näf, B. Wegmüller, M. Manz, A. Kauth, R. Raaflaub, B. Schmitter, U. Siegenthaler, S. Fankhauser, B. Marti (16)



### **Motion forum betreffend "einheitliches" Schulwesen in der Gemeinde Muri b. Bern**

Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Maßnahmen aufzuzeigen, damit die Schulleitungskreise der Gemeinde als eine Schule mit einem einheitlichen System und einem einheitlichen Vorgehen in wichtigen schulischen Belangen wahrgenommen wird.

#### **Begründung:**

In der Wahrnehmung der Bevölkerung wirkt die Führung der verschiedenen Schulhäuser zunehmend autonom und unabhängig voneinander. Damit verliert das Schulwesen Muri-Gümligen zusehends an verbindenden, einheitlichen Elementen. Dies erschwert nicht zuletzt die Unterstützung der Kinder und der Schule durch die Eltern.

In der Unterrichtsgestaltung sollen die Lehrkräfte entsprechende und notwendige Freiräume haben. In formalen Punkten jedoch sollte es verbindliche "Leitplanken" geben. Ausgehend von diesen Überlegungen wird der Gemeinderat aufgefordert aufzuzeigen, wie folgende Punkte einheitlich geregelt werden können:

- Benotungssystem: es existieren in den verschiedenen Schulhäusern unterschiedliche Benotungssysteme
- Einheitliche Übertrittsmodalitäten bei Laufbahnentscheiden: unterschiedliche Handhabungen (wie erforderliche Note für eine bestimmte Empfehlung, obligatorischer oder empfohlener Besuch der Mittelschulvorbereitung für eine bestimmte Empfehlung, prüfungsfreier Übertritt in eine Mittelschule mit ILF, etc.) führen zu unterschiedlichen Empfehlungsgrundlagen
- Gemeinsame Informationsveranstaltungen in Bezug zum Übertrittsverfahren in die Sekundarschule und das Gymnasium, den Besuch der Mittelschulvorbereitung
- Vergleichsarbeiten vor Laufbahnentscheiden
- Einheitliche Methoden der Qualitätssicherung der Schulen

Das Ziel unserer Motion. Die Wahrnehmung in der Bevölkerung sollte sein: Viele Schulhäuser, zwei Dörfer, eine Schule.

Muri, 25. Oktober 2011

Stefan Gautschi

M. Graham, F. Elsinger, M. Häusermann, M. Kämpf, U. Wenger, Ch. Grubwinkler, J. Gossweiler, A. Bärtschi, R. Raaflaub, M. Kästli, B. Schmitter, U. Siegenthaler, S. Fankhauser, B. Marti, H. Treier (16)

### **Motion Gautschi (forum): Unabhängige Prüfung Statik Moosturnhalle**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Ingenieurbüro für eine unabhängige Prüfung des Tragwerks des zu sanierenden Daches der 3-fach-Turnhalle Moos zu beauftragen und einen Kurzbericht mit folgenden Fragestellungen zu erarbeiten:

1. Inwiefern kann davon ausgegangen werden, dass ein Einsturz der Decke, wie dies bei der 3-fach Turnhalle der Gewerbeschule Riethüsli in St. Gallen geschehen ist, bei keiner denkbaren Witterung in der sanierten Turnhalle Moos möglich ist?
2. Welches ist die Grenzlast der Decke für eine zukünftige Nutzung? Weshalb übersteigt der Einsatz einer Dachbegrünung diese Grenzlast? Ist die Tragfähigkeit für die geplante Photovoltaikanlage ausreichend (kombiniert mit Last aus Witterung, bspw. Schneefall)?

3. Entspricht die 40-jährige Tragkonstruktion auch nach der vorgesehenen Sanierung den Normen? Kann etwas über die weitere Lebensdauer dieses Tragwerkes ausgesagt werden?

**Begründung**

Als Erklärung für den Kreditvorschlag für die Sanierung der Decke der Moos-Turnhalle wurde mitgeteilt, dass eine Dachbegrünung die statische Tragleistung überschreiten würde und damit auf die entsprechende Entwässerung verzichtet werden müsste.

Parallel dazu wurde mitgeteilt, dass die Auskleidung der Decke und allfällige zukünftige Ausrüstungen wie Photovoltaik-Anlagen geplant sind. Inwiefern diese Massnahmen die Grenzlast zukünftig ausreichend unterschreiten und wie der bauliche Zustand des Tragwerks nach der Sanierung ist, wird nicht ausdrücklich erwähnt.

Am 24. Februar 2009 ist die Decke der 3-jährigen 3-fach-Turnhalle Riethüsli in St. Gallen bei einer Nassschneedecke von 40cm eingestürzt. Der Vorfall ereignete sich frühmorgens, womit niemand zu Schaden kam. Inzwischen hat ein Prüfbericht der EMPA gezeigt, dass "fehlende Rippen der Dachträger" Schuld für den Einsturz waren.

Gümligen, 21.10.2011

Stefan Gautschi

M. Graham, M. Häusermann, M. Kämpf, F. Elsinger, V. Näf, B. Schneider, F. Ruta, B. Wegmüller, S. Fankhauser, B. Marti (11)

**Interpellation Gautschi (forum): Auslaufende Konzession für die Trinkwasserentnahme in der Wehrliau**

Aus der Wasserversorgungsstrategie 2010 des Kantons Bern lässt sich entnehmen, dass die Konzession für die Wasserentnahme in der Wehrliau im Jahr 2012 ausläuft. Der Gemeinderat wird gebeten mitzuteilen, was die Gemeindebetriebe zu tun gedenken, damit die Konzession für die Wassernutzung in der Wehrliau rechtzeitig verlängert werden kann. Ebenfalls soll mitgeteilt werden, was es für die Wasserversorgung der Gemeinde zur Folge hätte, wenn die Konzession nicht rechtzeitig erlangt werden könnte.

Könnte die Ursache für die auslaufende Konzession sein, dass der Kanton Bern die Gemeinde Muri dazu bringen möchte, die Wasserfassung Wehrliau in einen regionalen Wasserverbund zu integrieren?

Könnte es sein, dass die Finanzierung und Realisierung der erforderlichen Massnahmen gegen das drohende Absinken des Wasserspiegels der Aare (Projekt aarewasser; siehe Infotafel Parkplatz Wehrliau) allenfalls nicht zu Stande kommt und sich so das Fassungsvermögen verringern würde?

**Begründung**

Mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 1811 wurde der jüngste Bericht zur Wasserversorgungsstrategie 2010 des Kantons Bern verabschiedet. Im entsprechenden Bericht kann nachgelesen werden, dass die Trinkwasserentnahme der Wehrliau als Wasserfassung von überregionaler Bedeutung klassiert wurde. Mit dieser Qualifikation kann das anfallende Rohwasser ohne Aufbereitung als Trinkwasser genutzt werden. Die Wasserfassung Wehrliau in Muri hat mit der hohen Qualität als auch als 8. grösste Fassung im Kanton eine tragende Bedeutung. In der dort gedruckten Tabelle ist aufgeführt, dass die Konzession der WV Muri im Jahr 2012 ausläuft.

Fassung Nr.	Bezeichnung	Eigentümerin	Standort-gemeinde	Konzession		Aufbereitung erfor-derlich (J/N)	Nutzungskonflikte				
				Ablauf der Konzession	Menge resp. mittl. Schüt-tung in l/m³/d		Naturschutz	Wasserbau / Restwasser	Best. Bauten und Anlagen	Beuzonen	
Überregionale Bedeutung; keine Aufbereitung erforderlich											
1	Unterworfen	Energie Service Biel	Worben	2033	10'000	N	X			X	
2	Gimmiz	WVS	Walperswil	2013	33'000	N					
3	Selhofen	WV Kóniz	Belp	2005	17'000	N	X	X			
4	Wehrliu	WV Muri	Muri	2012	18'600	N	X				
5	Belpau (Aaretal 2)	WVRB	Belp	2036	25'000	N	X	X			
6	Kiesen (Aaretal 1)	WVRB	Kiesen	2030	55'000	N	X	X			

Ausschnitt aus Tabelle: Fassungen von überregionaler und regionaler Bedeutung (Wasser versorgungsstrat. 2010)

Eines der Hauptthemen der Wasserversorgungsstrategie sind die positiven Erfahrungen der gebildeten Wasserverbundsysteme im Seeland und Mittelland. Die Strategie empfiehlt den Berner Gemeinden, sich aus wirtschaftlicher und betrieblicher Sicht zu grösseren Wasserverbundsystemen zusammen zu schliessen.

Gümligen, 21.10.2011

Stefan Gautschi

M. Graham, M. Häusermann, M. Kämpf, S. Fankhauser, F. Elsinger, V. Näf, B. Schneider, M. Humm, F. Ruta, S. Lack, Y. Brügger, U. Wenger, B. Marti (14)

### Einfache Anfrage SVP Fraktion: Vorübergehende Platzierung von Asylsuchenden in der Zivilschutzanlage Siloah

Der Gemeinderat hat der Bevölkerung mitgeteilt, dass die Zivilschutzanlage Siloah von Mitte Oktober bis Ende Juni 2012 wiederum in Betrieb genommen wird. Die Heilsarmee wird dort im Auftrag des Kantons bis zu 80 Asylbewerber betreuen.

1. Welchen Spielraum hat der Gemeinderat beim Entscheid über die Eröffnung und Betreuung der Anlage, bzw. durch welche Verpflichtungen und Vorgaben ist er gebunden?
2. Rund 80 überwiegend jüngere Männer dort auf längere Zeit unter Tage unterzubringen schafft Probleme. Einerseits stellt sich ein "Hüttenkoller" ein, andererseits folgen Schwierigkeiten aus dem Fehlen von sozialen/familiären Strukturen bzw. aus der einseitigen Zusammensetzung der Gruppe. Diese Probleme haben nichts mit der Herkunft der Asylbewerber zu tun; sie würden sich abgesehen von der fehlenden Beschäftigung im Ansatz auch einstellen, wenn dort eine Kompanie Soldaten für acht Monate einquartiert würde. Welche organisatorischen Massnahmen sind geplant und wie hoch ist der personelle Einsatz dafür?
3. Die Nussbaumallee ist einerseits Verbindungsachse des Sonnenfeld-Quartiers zur RBS-Haltestelle Hofgut, andererseits arbeiten auf dem Siloah-Areal viele weibliche Angestellte rund um die Uhr im Schichtbetrieb. Was ist vorgesehen, um das Sicherheitsempfinden der PassantInnen insbesondere ausserhalb der Bürozeiten zu gewährleisten?
4. Welches ist die Eventualplanung für den Fall, dass sich das gemäss Frage 2 und 3 aktuell vorgesehene Konzept als ungenügend erweist?
5. Welches ist der Stand der Planung für die künftige Nutzung der Anlage und wie sieht die Umsetzung auf der Zeitachse aus?
6. Welchen Ertrag erzielt die Gemeinde aus der Vermietung, und mit welchem Aufwand rechnet der Gemeinderat? Erachtet der Gemeinderat die Vermietung der Anlage als sinnvoll bzw. beabsichtigt er, diese künftig zu wiederholen?

Gümligen, 13. Oktober 2011

M. Bärtschi

F. Schwander, B. Eber, U. Grütter, A. Lüthi, J. Aebersold (6)

### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende verweist auf die Infoveranstaltung betreffend Schulraumplanung vom 3. November 2011, 18.30 Uhr. Die Mitglieder des Grossen Gemeinderats hätten am 13. Oktober 2011 eine entsprechende Einladung erhalten. Bei der Schulraumplanung handle es sich um das Hauptgeschäft der nächsten GGR-Sitzung und es sei sicherlich informativ, an diesem Anlass teilzunehmen.

Der Rat treffe sich am 22. November 2011 zur letzten Sitzung dieses Jahres. Dank haushälterischem Umgang mit dem verfügbaren Budget für den GGR-Ausflug seien im Anschluss an die Sitzung alle GGR- und GR-Mitglieder zu einem "Austrunk" im Mattenhofsaal eingeladen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident:

Die Protokollführerinnen:

Hannes Treier

Anni Koch

Corina Bühler